Sehr geehrter Herr Dr. Molter

Der Kreistag Darmstadt-Dieburg hat in seiner Sitzung am 28. Juni 2010 folgenden Beschluss gefasst:

- 1. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg bedauert es, dass die Gespräche über einen gemeinsamen SEP von Stadt und Kreis durch das Verlassen der gemeinsamen Verhandlungsbasis durch den städtischen Dezernenten abgebrochen sind, und fordert die Wiederaufnahme der Gespräche auf Basis der gemeinsam erarbeiteten Sachaussagen zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Der Kreistag erwartet, dass der Kreisausschuss – ungeachtet der Notwendigkeit nunmehr bis Ende des Jahres erneut einen eigenen SEP zu erstellen – intensiv darum bemüht bleibt, über die Grenzen der Gebietskörperschaften hinweg eine Bildungsregion Darmstadt/Darmstadt-Dieburg zu schaffen*
- 2. Der KA wird aufgefordert, dem Kreistag einen Bericht über den Inhalt, die Kosten und den Umfang der bisher geleisteten Arbeiten der Beratungsagentur PP:Agenda (Herr Miller) zu erstatten.*

Der Presse konnte ich entnehmen, dass Gremien der Stadt Darmstadt wohl ähnliche Beschlüsse gefasst haben. Mir ist daran gelegen, diesen Beschluss des Kreistages unverzüglich auszuführen und ich bitte Sie deshalb um die Vereinbarung eines Gesprächstermins.

Sie haben mittlerweile über die Presse eine Reihe von Forderungen erhoben, die einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan (SEP) betreffen, darüber hinaus aber auch Bereiche betreffen, die nicht ursächlich mit einem gemeinsamen SEP zusammenhängen, aus Ihrer Sicht aber offenbar als Bedingungen zu verstehen sind, die für die erfolgreiche Erstellung eines gemeinsamen SEP unabdingbar sind.

Jeder dieser Punkte bedarf aus meiner Sicht einer Erläuterung, um die ich Sie hiermit bitte:

1. So stellen Sie fest, dass Darmstadt weiterhin ein Zuzugsgebiet sein wird, insbesondere durch die „künftige Nutzung der Konversionsflächen als Wohngebiete“. „Zukünftig muss sich demnach der Landkreis finanziell stärker beteiligen, da viele Landkreiskinder Darmstädter Schulen besuchen.“ Mit dem Landkreis müsse bei der „Aufstellung des gemeinsamen Schulentwicklungsplanes ein verbindlicher und einforderbarer Finanzrahmen vereinbart werden“. – Haben Sie bereits einen konkreten Vorschlag für einen Finanzrahmen, der den Zusammenhang mit der künftigen Nutzung der Konversionsflächen als Wohngebiete abbildet?
2. Von der bisher einvernehmlich vertretenen Aufteilung der Teilregionen nehmen Sie Abstand und fordern nunmehr die „Einbeziehung aller Darmstädter Stadtteile gemeinsam in einen Entwicklungs- und Planungsbereich“, zusammen mit Mühlthal, Ober-Ramstadt, Roßdorf, Messel und Griesheim. Als Gründe führen Sie an, dass die „rein optische Durchtrennung der städtischen Gebiete bei vielen Schülern und Schulleitungen zu großen Verunsicherungen führt“. An anderer Stelle haben Sie ausgeführt, dass ein „Zuschnitt Darmstadts in drei Entwicklungs- und Planungsbereiche mit umliegenden Gemeinden (...) in Darmstadt keine

politische Mehrheit findet“. – Angenommen Ihre Bedenken hinsichtlich einer mangelnden politischen Mehrheit für den bisherigen Zuschnitt der Teilregionen wäre zutreffend, wie ist dazu die fachliche Begründung? Halten Sie einen Zuschnitt für sinnvoll, der einerseits eine Restregion 1 mit rund 30.000 Einwohnern und 5 Grundschulen, 2 weiterführenden Schulen und einer Förderschule gegenüber einer Teilregion 2 mit mehr als 215.000 Einwohnern und mehr als der Hälfte der Schulen der gesamten Bildungsregion noch für sinnvoll? – Welchen Vorteil hat es, wenn das komplette Stadtgebiet Darmstadts mit fünf Städten und Gemeinden des Kreises eine Teilregion bildet, dies vor allem wegen Ihrer Befürchtung, dass sonst der Zugang Darmstädter Kinder zu den Darmstädter Gymnasien vermeintlich behinderte würde?

3. Sie fordern eine „Erhöhung der vom Landkreis zu entrichtenden Gastschulbeiträge“. Gibt es dazu Ihrerseits bereits konkrete Vorstellungen über die zu entrichtende Höhe und wie passt das in den gesetzlichen, in Hessen geltenden Rahmen? – Denken Sie eher an eine Vollkostenrechnung oder eine weitere prozentuale Erhöhung, über den vom Kreis bereits zu zahlenden Zuschlag von 3,5 %?
4. Sie werden im Darmstädter Echo (vom 23.06.) zitiert mit dem Satz: „Maßgeblich bleibt auch in Zukunft die Zugehörigkeit zur jeweiligen Gebietskörperschaft.“ – Wenn diese Aussage auch für den Landkreis gelten soll, dann frage ich mich, was noch der Grund für einen gemeinsamen SEP sein könnte.
5. Die Bildung eines „schulpolitischen Zweckverbandes“ schließen Sie aus. – Für mich ist der Schulverband, gemäß § 140 HSchG, eine Perspektive, die in einer gemeinsamen Schulträgerschaft von Stadt und Landkreis münden könnte. Zeitnah ist das sicherlich nicht zu realisieren. Mittelfristig sehe ich darin aber eine große Chance Schulentwicklung aus einem Guss für die Bildungsregion Darmstadt/Darmstadt-Dieburg insgesamt zu erreichen. Zudem deckt sich dieser Bereich mit dem des Staatlichen Schulamtes (SSA) in Darmstadt und bietet damit für die Verbindung der inneren und äußeren Schulverwaltung die Chance zusätzliche Synergien zu erschließen.

Für die Erstellung eines gemeinsamen SEP sind sicherlich noch eine Reihe von Abstimmungsgesprächen notwendig. Der abgesagte Termin mit den zuständigen Dezernenten des SSA müsste schnellstmöglich neu vereinbart werden. Der Schulleitungsbeirat, der die Arbeit der Steuerungsgruppe begleitet hat, müsste ebenfalls über das weitere Vorgehen informiert werden. Zu all dem ist es aber unabdingbar, dass die beiden Schulträger sich auf die Themen verständigen, die für den gemeinsamen SEP den Rahmen bilden sollen.

Eine weitere Begleitung durch das Beratungsbüros PP: Agenda halte ich nicht für notwendig. An dieser Stelle möchte ich aber ausdrücklich betonen, dass ich die Arbeit von PP: Agenda insgesamt und besonders die fachlich-konzeptionelle Begleitung durch Herrn Miller ausgesprochen positiv für den gesamten Prozess empfunden habe

In Erwartung Ihrer Antworten verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

Christel Fleischmann
- Kreisbeigeordneter -